

Hoffnung auf Käse-Erfolg schmilzt

Milchhof Der Erfolg im Käsegeschäft des Liechtensteiner Milchhofs lässt weiter auf sich warten. Weil der Aufbau des Vertriebs seine Zeit braucht und der Verkauf unter den Erwartungen liegt, fehlen dem Unternehmen nach hohen Investitionen die nötigen Einnahmen.

Dorothea Alber
dalber@medienhaus.li

Heimo Wohlwend hat es als Präsident des Verwaltungsrates gerade nicht leicht. Die Schweizer Detailhändler stehen unter hohem Preisdruck und in Deutschland erlebe der Markt eine regelrechte «Käseschwemme». «Bei Molkereiprodukten handelt es sich um ein schnelllebiges Geschäft. Sämtliche Detailhändler schreiben diese Produkte in immer kürzer werdenden Intervallen aus,» erklärt Wohlwend. Es komme daher regelmässig vor, dass neue Aufträge eingehen und bestehende verloren gehen. Das Geschäft mit Molkereiprodukten sei aber relativ breit abgestützt, da die Milchhof AG bei praktisch allen grossen Detailhändlern in der Schweiz mit mehreren Produkten gelistet ist. «Es ist somit nicht korrekt, dass 4 bis 5 Millionen Franken Umsatz bei den Molkereiprodukten wegbrechen,» demüht er die Aussagen eines Mitarbeiters.

Personalkosten eingespart

Trotz des nicht einfachen Marktes will Wohlwend zusammen mit einem externen Berater das Ruder schnell herumreissen. Kurt Schädler ist seit Februar 2018 beim Milchhof. Doch im Betriebschein Uneinigkeit darüber zu herrschen, ob die Methoden des vorübergehenden Geschäftsführers ad interim die richtigen seien. Nicht nur die Unsicherheit bei den Mitarbeitern wächst. Man nimmt zudem einem anderen Mann das Zepter aus der Hand, der viel Erfahrung mitbringt: Josef Schuler hat im Jahr 2016 beim Unternehmen als Geschäftsleiter angefangen und hatte demnach drei Jahre Zeit, um den Betrieb auf Kurs zu



Solange der Erfolg im Käsegeschäft auf sich warten lässt, schmilzt das Geld in der Kasse des Milchhofs dahin.

Bild: iStock

bringen. Die strategischen Weichen waren zu diesem Zeitpunkt aber längst gestellt. Der gelernte Käsemeister sowie Lebensmittel- und Wirtschaftsingenieur konnte nur zusehen, wie neue Produktionsmöglichkeiten in der Molkerei und Käserei entstanden sind, die aber «komplett falsch konzipiert waren». So zumindest beschreibt es der Mitarbeiter des Milchhofs, der namentlich nicht genannt werden möchte. Er bezeichnet sie als zu überdimensioniert und am Markt vorbei konzipiert. Er spricht von hohem Aus-

schuss und nennt die Anlage eine völlige Fehlinvestition. Schädler und Wohlwend entgegnet, man habe viel optimiert und der Ausschuss liege mit 2 bis 3 Prozent im Schweizer Durchschnitt. Klar, Sorge die Anlage für Fixkosten und sie sei noch nicht voll ausgelastet. Die betrieblichen Optimierungen in der Produktion inklusive der Umstellungen bei der Produktionsplanung haben auch Einfluss auf die Mitarbeiter.

«Es ist korrekt, dass die Milchhof AG daraus resultierende Überkapazitäten beim Personal abge-

baut hat», wie Heimo Wohlwend auf Anfrage erklärt. Als letzte Massnahme, die von keinem Betrieb gerne ergriffen wird, wurden laut Wohlwend die Kündigungen von vier Mitarbeitern in Produktion und Logistik ausgesprochen. «Mitarbeiter, welche über Fluktuation den Betrieb verlassen, werden dem jeweiligen Bedarf entsprechend ersetzt», betont Wohlwend. Kurt Schädler, der bislang nach seinen Angaben auf der Internetseite noch nie für ein Lebensmittelunternehmen beratend tätig war, hat einen Massnah-

menplan mit zwei Varianten ausgearbeitet. Das Dokument liegt dem «Vaterland» vor. Der Abbau von neun Stellen soll insgesamt 600 000 Franken einsparen. In der Produktion wären vier Mitarbeiter betroffen, in der Käserei und der Logistik sowie dem Einkauf jeweils einer. Auch im Marketing und im Verkauf geht es um jeweils einen Mitarbeiter.

Ursprünglich sehr ambitionierte Ziele

Der Milchverband als Aktionärin und die Milchhof AG würden

langfristig denken und planen, was auch in der Auslegung der Zahlen berücksichtigt werden muss. 200 Tonnen Käse produzierte der Milchhof im vergangenen Jahr.

Ursprünglich sollte es weit mehr sein. 2014 noch rechnete der damalige Geschäftsführer Rainer Hoop beim Spatenstich für die neue Anlage mit rund 500 bis 800 Tonnen jährlich. Verschlechtert hat sich die finanzielle Lage des Milchhofs in den letzten drei Jahren. Denn die staatliche Förderung im Rahmen von «Vorwärtsintegration Milch» von 900 000 Franken im Jahr liefen Ende 2015 aus. Ohne diese Förderung ging es nun darum, den Milchhof für die Zukunft zu rüsten. Die Investitionen wurden laut Wohlwend nötig, um den operativen Erfolg des Betriebes nachhaltig zu sichern. Bereits im laufenden Geschäftsjahr rechnet er wieder mit schwarzen Zahlen.

Insgesamt sollen sich die kumulierten Verluste in den letzten zehn Jahren auf 30 Millionen Franken belaufen.

Der Liechtensteiner Milchhof

Eigentümerin der Milchhof AG mit Sitz in Schaan und Lieferant der Rohmilch ist die Genossenschaft Liechtensteiner Milchverband (LMV). Dahinter stehen 40 Milchbauern in Liechtenstein als Genossenschafter. Der LMV hat die Milchhof AG bei deren Gründung mit reichlich Eigenkapital ausgestattet und verfügt aktuell selbst über ein Eigenkapital in ähnlicher Höhe wie die Milchhof AG. Im Jahr 2017 lag das Eigenkapital der Milchhof AG noch bei über 12 Millionen Franken.

Prämien: Kaiser will nicht auf Regierung warten

Krankenkasse Der parteifreie Abgeordnete Johannes Kaiser will mit einer Gesetzesinitiative die Regierung zum Handeln zwingen.

Das Problem ist bekannt. Die Zahl derjenigen, die sich die Krankenkassenprämien bzw. die Franchisen und Selbstbehalte nicht mehr leisten können, steigt. Bereits im September 2019 hat der Landtag eine Interpellation der VU-Fraktion zu den Prämienverbilligungen an die Regierung überwiesen. Diese hätte das Ministerium von Regierungsrat Mauro Pedrazzini eigentlich bis Dezember 2018 beantworten müssen. Vor weiteren Schritten wollte die VU von der Regierung geklärt haben, welche Kosten eine Ausweitung der Prämienverbilligung durch die Erhöhung der Lohngrenzen nach sich ziehen würde. Aufgrund dieser Fakten und Zahlen könne beurteilt werden, «welche Variante sowohl finanzpolitisch verantwortbar als auch sozialpolitisch vernünftig ist», erklärte damals VU-Präsident Günther Fritz.

Der parteifreie Abgeordnete Johannes Kaiser hat aber keine Lust, auf die Antworten der Re-

gierung zu warten und hat deshalb gestern eine entsprechende Gesetzesinitiative eingereicht, um die Regierung damit zum Handeln zu zwingen.

Die hohen Gesundheitskosten würden für zu viele Personen ein Problem darstellen. «Für mich kommt es somit nicht mehr in Frage, noch mehr Zeit verstreichen zu lassen und diese Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Mit dieser vorliegenden Gesetzesinitiative setze ich mich für eine gezielt höhere Prämienverbilligung und Selbstbehalt-Entlastung für Familien und Senioren des unteren Mittelstandes in Liechtenstein ein», schreibt Johannes Kaiser.

Kaiser schätzt Mehrkosten auf 3,2 Millionen Franken

Für die Gesetzesinitiative hat der parteifreie Abgeordnete die Zahlen aus der VU-Interpellation übernommen. Johannes Kaiser schlägt vor, dass die Erwerbsgrenzen von heute maximal 45 000

auf 65 000 Franken für Alleinstehende und für Verheiratete von heute 57 000 auf 77 000 Franken erhöht wird. Dadurch würden wesentlich mehr Personen von einer Prämienverbilligung profitieren. Zudem will er auch die Beitragssätze deutlich erhöhen.

Die Kosten hält Kaiser für überschaubar. Seine Berechnungen haben ergeben, dass die Subventionen der Prämien von 5,2 Millionen auf rund 8,4 Millionen Franken steigen würden. Also 3,2 Millionen mehr als heute. «Die dadurch anfallenden zusätzlichen Ausgaben sind angesichts der 2,7 Milliarden Franken in der Staatskasse vertretbar und könnten, wie ich bereits vorgeschlagen habe, durch Zweckbindung der Einnahmen aus den Spielcasinos finanziert werden», schreibt Johannes Kaiser dazu. Der Landtag wird die Gesetzesinitiative voraussichtlich im Juni-Landtag behandeln.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Börsentaucher belastet Ergebnis der AHV

Vorsorgewerk 2018 musste die AHV einen Verlust von 131 Millionen verbuchen. Hauptschuld trägt der Börsentaucher im Dezember.

2017 konnte die AHV im Wertschriftenbereich eine Anlagerendite von 6,18 Prozent erzielen. 2018 erzielte der Wertschriftenfonds ein Minus von 3,96 Prozent. Konkret musste die AHV für die Kapitalanlagen per Stichtag 31. Dezember 2018 einen Buchverlust von 114 Millionen Franken verbuchen. Doch die Verantwortlichen geben diesbezüglich bereits wieder Entwarnung: «Bei Genehmigung des Geschäftsberichts im Verwaltungsrat am 11. April 2019 war die Performance auf den Wertschriften vom 1. Januar bis 10. April 2019 aber bereits bei +5,58 Prozent.»

Mehr Sorgen bereitet das strukturelle Defizit im Kerngeschäft der AHV. So schreibt Verwaltungsratspräsident Raphael Nässcher im Jahresbericht: «Bereits im Vorjahresbericht wurde darauf hingewiesen, dass das Total aus Beiträgen von Versicherten und Arbeitgebern einerseits sowie dem Staatsbeitrag andererseits die Ausgaben in Zukunft

nicht mehr zu decken vermag. Diesem strukturellen Defizit entsprechend musste somit aufgrund des negativen Anlageergebnisses die Vermögenssubstanz zur Deckung der Rentenzugänge gezogen werden.» Insgesamt waren 2018 die ausgezahlten Renten um 47 Millionen Franken höher als die Beiträge, die eingezahlt wurde. Dazu kam erschwerend, dass 2018 der Staatsbeitrag an die AHV von 54 Millionen auf 30 Millionen Franken reduziert wurde. Im Kerngeschäft lag das Defizit somit bei 17 Millionen Franken. Zusammen mit den Buchverlusten der Wertschriften schrieb die AHV 2018 somit ein Minus von 131 Millionen Franken.

Aktuell 10,2 Jahresaussagen als Reserve

Panik muss aufgrund dieses Resultats noch keine ausbrechen. Aktuell liegen im AHV-Fonds Mittel für 10,2 Jahresaussagen. Trotzdem ist es notwendig, das strukturelle Defizit im Auge zu be-

halten. Aus diesem Grund hat die Regierung gemäss den gesetzlichen Vorgaben im Herbst 2018 ein versicherungstechnisches Gutachten in Auftrag gegeben. Dabei geht es um eine langfristige Prognose der Reserven bis 2038.

Die AHV ist gespannt auf das Gutachten, wie sie im Jahresbericht schreibt. Man könne «es aber weiterhin ohne Hast abwarten». Das Expertenpapier soll bis Ende 2019 vorliegen. «Die Regierung hat das Ergebnis des Gutachtens binnen 3 Monaten nach Erhalt dem Landtag zur Kenntnis zu bringen und, sofern das Gutachten ein Absinken der Reserven auf unter 5 Jahresaussagen über 20 Jahre in die Zukunft betrachtet zeigen sollte, binnen weiteren 12 Monaten Vorschläge für Massnahmen zu unterbreiten, um die Zielgrösse von mindestens 5 Jahresaussagen in Reserve halten zu können», heisst es im Bericht.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li